

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Extremismus auch durch Bildung bekämpfen: Prävention durch gelebte Demokratie!

Der Landtag wolle beschließen:

Die bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, sich konsequent für die Stärkung einer praxisnahen politischen Bildung gerade vor dem Hintergrund der Zunahme antisemitisch, extremistisch sowie terroristisch motivierter Straftaten einzusetzen.

Hierbei soll

1. die aktiv gelebte Demokratie in allen Bildungseinrichtungen nachhaltig gestärkt werden,
2. eine Stärkung und ein Ausbau des *Service Learnings* sowohl an Schulen, als auch an Hochschulen forciert werden,
3. die Möglichkeit eines freiwilligen politischen Jahres geprüft werden und
4. eine stärkere Öffnung der Schule für außerschulische Angebote der Museumspädagogik gefördert werden, sodass eine zeitgemäße Verzahnung der erinnerungskulturellen Angebote mit Unterrichtsinhalten ermöglicht wird.

Begründung:

Politische Bildung und politische Urteilsfähigkeit sind heute essentieller Bestandteil einer aufgeklärten demokratischen Gesellschaft, gerade vor dem Hintergrund eines deutlich zu verzeichnenden Anstieges extremistischer, antisemitischer und terroristischer Straftaten. Nicht zuletzt spielt bei diesen mitunter die Ablehnung gegenüber einem pluralistischen Weltbild sowie der demokratischen Grundordnung eine zentrale Rolle. Um dieser effektiv gegenzusteuern, bieten gerade partizipationsfördernde Lernumgebungen im Bildungsbereich eine sehr gute Möglichkeit, Toleranz nicht nur zu lernen, sondern tatsächlich zu leben.

Gerade *Service Learning* kann komplementär zum Sozialkundeunterricht in den Schulen sowie zu den akademischen Fachdisziplinen (z. B. Geschichte und Politikwissenschaft) wirken. Studien machen deutlich, dass gerade diese Lernform zu einer verstärkten Selbstwirksamkeitsüberzeugung

führt, sodass nachhaltige Motivation und intrinsisches Interesse auf Seiten der Schülerschaft und Studierenden aktiviert und gefördert wird.

Aber auch die Möglichkeit eines freiwilligen politischen Jahres kann die Akzeptanz gegenüber dem eigenen pluralistischen Wertesystem sowie Institutionengefüge einer freiheitlichen-demokratischen Grundordnung nachhaltig stärken. Nur auf diese Weise können aus den nachkommenden Generationen demokratische und mündige Staatsbürger werden. Letztlich sind es aufgeklärte Bürger und Bürgerinnen, die die demokratische Gesellschaft verteidigen und für diese eintreten, gerade weil sie sich mit ihr als Lebensform identifizieren.

Auch die Öffnung der Schule gegenüber außerschulischen, das heißt museumspädagogischen und gedenkstättenpädagogischen, Angeboten leistet einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen politischen Bildung und damit letztlich zur Abwehr radikaler Strömungen. Dies gelingt, indem durch unmittelbare und konkrete Anschauung vor Ort abstrakte Inhalte lebendig und nachvollziehbar gemacht werden und damit zugleich die Motivation zu einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit geschichtlichen, gesellschaftlichen und politischen Themen gefördert wird. Denn gerade die unmittelbare Erlebbarkeit, welche die Aktualität und Relevanz geschichtlicher und politischer Unterrichtsinhalte für die moderne demokratische Gesellschaft und damit letztlich für jeden einzelnen Bürger hervorhebt, kann als effektives Präventionsmittel gegenüber extremistischen, terroristischen und antisemitischen Strömungen wirken.